

RS OGH 2000/4/28 1Ob97/00x

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 28.04.2000

Norm

PersFrSchG Art1 Abs1

PersFrSchG Art1 Abs2

VStG §35 Z3

Rechtssatz

Das verfassungsgesetzlich gewährleistete Recht auf persönliche Freiheit nach Art 1 Abs 1 und 2 PersFrSchG ist verletzt, wenn die einschreitenden Polizeiorgane eine Verwaltungsübertretung des Festgenommenen nicht einmal in vertretbarer Weise annehmen durften oder die Festnahme ohne vorherige Abmahnung nach § 35 Z 3 VStG erfolgte, weil aus Art 1 Abs 2 PersFrSchG folgt, dass jede Freiheitsentziehung sowohl materiell als auch formell gesetzmäßig sein muss.

Entscheidungstexte

- 1 Ob 97/00x

Entscheidungstext OGH 28.04.2000 1 Ob 97/00x

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:2000:RS0113546

Dokumentnummer

JJR_20000428_OGH0002_0010OB00097_00X0000_003

Quelle: Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at